Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 132. Abendblatt. Freitag, den 19. März 1869.

Norddeutscher Reichstag.

10. Sitzung am 18. März.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Präsident Delbrück.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Schulze (Berlin) wegen Suspendirung des gegen den Abg. Löwe schwebenden Strafverfahrens. Löwe ist wegen einer vor seinen Wählern gehaltenen Rede angeklagt und am 2. April steht vor dem hiesigen Stadtgerichte Termin zur Verhandlung der Anklage an.

Nachdem der Antragsteller den Antrag mit wenigen Worten begründet, erklärt Abg. v. Luck: Ich bin der Ansicht, daß ein solcher Antrag, wenn er an das Haus gelangt, niemals abgelehnt werden wird und werden kann und ich stimme deshalb dem Antrage aus voller Ueberzeugung bei.

Der Antrag wird angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Antrages des Abg. Lasker wegen der Redefreiheit der Mitglieder der Territorial-Landtage. Es erhebt sich über diesen Antrag wiederum eine Diskussion.

Abg. Wagener (Neustettin): Mir ist es gleich, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt wird; die Praxis wird bleiben, wie sie bisher gewesen ist. Aber es handelt sich hier um zwei außerordentlich wichtige Punkte und die Hauptsache ist bei der bisherigen Diskussion eigentlich nur von einem Redner berührt und zwar vom Abg. Twesten. Derselbe hat ausgeführt, daß man den Reichstag dazu gebrauchen könne, um die widerstrebenden Elemente in den einzelnen Ländern zu beseitigen und gerade weil wir dies nicht wollen, stimmen wir gegen den Antrag. Wir etabliren durch die Annahme des Antrages das Einkammer-System in allen deutschen Ländern. Ich behandle den Antrag als eine Fußfalle und wenn wir demselben Folge geben, so werden wir das Spiel verlieren und die Zukunft wird zeigen, wohin wir gelangen, wenn wir mit dem Einkammer-System wirthschaften.

Abg. Waldeck: Die Abstimmung wird dem Abgeordneten zeigen, daß sehr große Aristokraten der Ansicht sind, daß der Staat mit der Redefreiheit bestehen kann. Es handelt sich hier nicht um ein demokratisches Prinzip, sondern um das Lebensprinzip jeder parlamentarischen Versammlung. Daß der Reichstag zu einem solchen Beschlusse befugt sei, das kann nicht in Zweifel gezogen werden. Eine Aufhebung oder Beseitigung der ersten Kammer ist nicht zu befürchten, da der Bundesrath eine ganz wohl organisirte erste Kammer ist, ebenso gut, wie das Herrenhaus.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt, daß er und seine Partei den deutsch-nationalen Staat anstreben, mit jedem gesetzlichen Mittel, er könne sich aber den zukünftigen Staat ohne erste Kammer nicht denken. Er stimme für den Antrag.

Abg. Solms-Laubach erklärt sich gegen den Antrag.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe im Abgeordnetenhause mit voller Ueberzeugung für den Antrag gestimmt und werde dies auch in der Folge thun. Aber darum kann ich hier nicht für den Antrag stimmen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß der Antrag nicht hierher gehört. Dadurch, daß wir die Kompetenz des Bundes zu überschreiten uns bemühen, werden wir denselben nicht kräftigen. Die Frage der Redefreiheit ist nicht ein Stück des Kriminalrechts, sondern ein Stück der Verfassung. Das Herrenhaus ist ein politischer Körper, welcher in Norddeutschland zur Zeit nicht entbehrt werden kann. Ich warne Sie, erwecken Sie dem Bunde keine Feinde, die mächtiger sind, als Sie glauben, und das kann geschehen, wenn wir in die Rechte einzelner Länder eingreifen. Thun wir dies, so werden wir dies später bereuen.

Abg. v. Thadden: Die neuen Provinzen seien im Jahre 1866 nicht annektirt, sondern erobert, man habe das Eroberte behalten und das sei konservativ. (Große Heiterkeit.)

Die Diskussion ist geschlossen und der Berichterstatter Abg. Lasker rechtfertigt schliißlich noch einmal seinen Antrag. Bei der Aufhebung der Wuchergesetze sei das Herrenhaus ebenso überstimmt worden, wie heute befürchtet werde. Der Antrag solle nichts anderes, als einen Uebelstand beseitigen, der sogar in Süddeutschland Propaganda gegen uns macht. Bei der Spezial-Diskussion erklärt Abg. Schwarze (Dresden), daß er materiell mit dem Antrage einverstanden sei, den Reichstag aber nicht für kompetent erachte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Lasker mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Gesetzentwurf, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend. Der Gesetzentwurf wird im Ganzen angenommen. Das Haus setzt darauf die erste Berathung der Gewerbe-Ordnung fort.

Erster Redner ist der Abg. Schulze (Berlin): Gegen die vorliegende Gewerbe-Ordnung ist herwrzuheben, daß man auch jetzt nicht gewagt hat, mit dem alten überwundenen Standpunkte vollständig zu brechen, sondern daß man uns nur eine verbesserte Auflage des Alten gegeben hat. Eine jede Beschränkung der Freiheit der arbeitenden Klassen ist mit der Forderung der Selbsthülfe, die wir aufstellen, nicht verträglich. Das Prinzip der vollen Rechtsgleichheit zwischen Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer ist nicht gewahrt. Die Bestimmung, daß der Arbeitgeber berechtigt sein soll, seinen Arbeiter bei Ehrverletzung sofort zu entlassen, ist vollkommen berechtigt und muß iu dem Gesetze enthalten sein. Aber wie ist es nun nach der andern Seite hin? Die Arbeitnehmer dürfen nur bei thätlichen Angriffen den Dienst verlassen. Diese Rechtsungleichheit verschärft die krassen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und nichts versöhnt mehr, als wenn Jeder weiß, selbst der kleinste Arbeiter, daß er unter demselben Gesetze mit seinem Arbeitgeber stehe. Diese Rechtsgleichheit ist dringend nothwendig. — Alle Maßregeleien und polizeilichen Scheerereien wirken nicht anders, als demoralisirend. Entschließe man sich doch endlich zur unbedingten Freigebung auf dem Gebiete des Gewerbes, wenn auch die Regierungen des norddeutschen Bundes nicht alle dafür reif sein mögen, die Bevölkerung des ganzen Bundes ist es sicher. (Beifall!) Nur wenn wir nach dieser Richtung hin vorgehen, weeden wir die Ueberzeugung haben, daß der Staat die Regelung der ganzen Angelegenheit herbeigeführt hat. (Beifall.)

Abg. Wagener (Nenstettin): Meine Herren! Ich werde mich auf den Boden der positiven Thatsachen stellen, und dann werde ich mit den Herren Vorrednern stimmen gegen alle Bestimmungen, die sie mit Gewerbemaßregelei bezeichnet haben; nicht weil ich darin mit ihnen einerlei Meinung bin, sondern weil ich die Ansicht habe, es müsse sich ein Prinzip erst mit allen seinen Konsequenzen entwickeln, dann träte eine Reaktion ein, und die wünsche ich. (Heiterkeit.) Ich will ferner konstatiren, die bisherigen Redner, die Vertreter der sogenannten Sozial-Oekonomie und die Vertreter der sogenannten liberalen Bourgeoisie-Oekonomie, haben mir nicht das angenehme Schauspiel eines Duells dargeboten. Der Abgeordnete für Wiesbaden scheint noch zu wenig unterrichtet zu sein in dieser Sache, denn er hat dem Vertreter der sozial-demokratischen Partei Dinge zu widerlegen gesucht, die sogar in Schriften, von seiner Partei ausgehend, anerkannt sind. Es heißt hier die Wahrheit sagen und dann gewissenhaft dafür zu sorgen, daß wir die rechten Mittel zur Abhülfe finden. Der Abg. Braun hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir diese Frage gewissermaßen als Agitationsmittel benutzen. Dieser Vorwurf geht aus von den Herren, welche die Agitation immer für verwerflich erachten, wenn sie nicht von ihnen ausgeht, oder wenn sie gar gegen sie selbst gerichtet ist. Wir werden uns deshalb dadurch nicht irre machen lassen. Ich gehöre nicht zu Denjenigen, welche glauben, daß man die gegenwärtigen Uebel nur heilen könne auf dem Boden, welchen uns der Abg. Schweitzer vorgeführt hat. Was ich an seiner Theorie anerkenne, das ist der richtige Instinkt, daß die Arbeiterfrage nicht auf dem Gebiete der sogenannten Gewerbefreiheit gelöst wird, sondern allein auf dem Gebiete der Kapitalbewegung. Deshalb versuchen die Herren stets das Kapital als ihren Hauptfeind darzustellen. Nicht die Arbeit allein, sondern das Kapital ist im hervorragendsten Maße an der Erzeugung der Tauschwerthe betheiligt und ich ziehe daraus den Schluß, daß die Arbeiterfrage überhaupt nur gelöst werden kann, dadurch, daß die Bewegung des Kapitals selbst in der rechten Weise regulirt wird. Alle übrigen Dinge sind reine Illusionen, und so lange man auf dem jetzt betretenen Wege fortgehen wird, wird man die Arbeiter nicht freier machen, sondern immer mehr beschränken. Es muß auf diesem Gebiete eingesetzt werden, auf dem Punkt, wo das Uebel liegt. Der letzte Punkt der Streitfrage ist die Frage nach der Aufgabe des Staats. Ich bin nicht gemeint, daß den Arbeitern durch Staatsmittel geholfen werden müsse, davon aber ist die Frage verschieden, ob der Staat überhaupt eingreifen soll, und in welcher Weise. Noch niemals ist eine Volksklasse befreit worden, anders, als durch die Intercession des Staats. Machen Sie deshalb mit uns gemeinschaftliche Sache in allen den Fragen, welche gelöst werden müssen, denn ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Berathung wieder so verlaufen sollte, daß gar nichts zu Stande kommt. Bringen wir die Gewerbeordnung nicht zu Stande, so mögen wir nur so beschließen, daß dasjenige, was wir als Nothwendigstes beschließen, allein als Gesetz Geltung erlangen kann.

Abg. Stumm: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit besteht zum Theil vermeintlich in den verschiedenen Schichten. Ich bin von fast sämmtlichen Arbeitern des Berg- und Hüttenbaues in meinem Kreise am Oberrhein gewählt worden, und weiß, daß die dortigen Besitzer für ihre Unterstützungskassen freiwillig alle Bestimmungen und Gesetze der Königl. Unterstützungskassen angenommen haben, damit die Arbeiter vor Mangel geschützt seien.

Abg. Miquel: Die Noth der Arbeiter ist an den Orten am größten, wo die bürgerliche Entwickelung gegenüber der feudalen Produktion am wenigsten vorgeschritten ist. Abg. Wagener hat uns die neue Entdeckung gemacht, daß nicht die Arbeit die Tauschwerthe schafft, sondern das Kapital. Er hat gesagt, die Lösung läge in der Regulirung der Kapitalfrage, aber ich habe von ihm darüber Näheres weiter nicht gehört. Was ist Kapital? Nichts weiter als aufgehäufte Arbeit. Ich habe geglaubt, der Abg. Wagener schwärmte für die feudale Produktionsgesellschaft. Früher war die Arbeit unfrei und das Kapital hatte einen Zins von 10—15 Prozent. Und der Erfolg war die fortwährend größere Freiheit der Arbeit. In England hat das Kapital einen Zinswerth von nur 2—3 Prozent. Hierin liegt eben die Frage der Lösung der Zukunft; es ist dies eine Frage der historischen Entwickelung. Für uns kommt es nur darauf an, zu zeigen, daß das deutsche Bürgerthum keine französische Bourgeosie ist, und wir haben diesen Beweis bereits geführt. Würde der Abg. Schweitzer vor einer französischen Versammlung seine geistige Rede haben halten können? Ich glaube nicht. Gehen wir auf unserm Wege vorwärts, es wird die Konsequenz nicht eintreten, mit der jener Herr uns gedroht hat. In Bezug auf die vorliegende Gewerbeordnung theile ich die Ansicht des Abg. Schulze vollkommen, komme aber zu etwas anderen Resultaten. Für die Landwirthschaft fordert man keine Regelung und keine Gewerbeordnung hat bisher feststellen können, was Gewerbe ist, auch der vorliegende Entwurf nicht. Einen Fortschritt enthält der vorliegende Entwurf, das läßt sich nicht bestreiten, aber er läßt sehr viel zu wünschen übrig. Eine Gewerbeordnung von 174 Paragraphen ist schon ein Uebel. In allen deutschen Ländern geht man der Verwaltung leider, obwohl mit Recht, mit Mißtrauen entgegen und ich darf deshalb der Verwaltung nicht die Mittel zu schlimmen Mißbräuchen in die Hand geben, und darin liegt eben die große Schwierigkeit, zweckmäßige Bestimmungen in die Gewerbeordnung zu bringen, weil wir der Verwaltung wenige Befugnisse einräumen dürfen. Der Redner geht dann auf die Wirksamkeit der Zünfte ein, welche ihr Schicksal der Auflösung sich selbst bereitet haben. Für die deutsche Nation und den norddeutschen Bund ist es eine Ehrensache, auf der Basis der gewerblichen Freiheit ein Gesetz zu Stande zu bringen. Wir werden allerdings dem Entwurfe entgegenkommen und wir werden an den Entwurf nicht mit der Neigung, Konflikte zu suchen, herangehen, aber andererseits ist es ein gewichtiges Bedenken, was uns verhindert, allzuviel zurückzugehen und das liegt darin, daß der norddeutsche Bund nicht die Aufgabe haben kann, vorgeschrittene einzelne Staaten wieder zurückzuschrecken (Sehr wahr). Der norddeutsche Bund muß das Beste geben.

Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück geht den Auseinandersetzungen des Vorredners gegenüber auf die Bestimmungen des §. 94 ein und erklärt, daß ein allgemeiner Rechtsgrundsatz darin enthalten sei. Er weist ferner die Vorwürfe des Vorredner entschieden zurück. Was dagegen den Vorwurf beträfe, daß die Vorlage zu lang sei, so stimme er ihm seiner persönlichen Ueberzeugung nach bei, er hätte selbst lieber dieses Gesetz durch mehrere Spezialgesetze erledigt.

Abg. Duncker geht auf den Gegensatz: Gesellschaft und Staat ein. Er verstehe unter Gesellschaft die Zusammenfassung der Menschen in Bezug auf ihre produktive Thätigkeit. Es finde in der Gesellschaft ein selbstständiges Interesse statt, einerseits für Aufhäufung des Kapitals auf einzelne Punkte, andererseits für Ausgleichung desselben in den besitzlosen Klassen. Es sind keine Staatsgesetze da, welche einen Uebergang von der besitzlosen zu den besitzenden Klassen bewerkstelligen und unser Kampf kann nicht gegen den Staat gerichtet sein, sondern muß gegen diese Zustände der Gesellschaft, gegen die noch bestehenden Reste des Feudalismus gerichtet werden. Was die Einrichtung der Unterstützungskassen der Arbeiter im Sinne der sozial-demokratischen Partei betrifft, so will ich nur darauf hinweisen, daß das Freizügigkeitsgesetz beschränkt würde, denn ein Arbeiter, der einen Ort verlassen will, muß nach dieser Organisation die Beiträge, die er Jahre lang geliefert hat, im Stich lassen. Im Uebrigen schließe ich mich den Ausführungen des Abg. Miquel an und bitte, den Gesetzentwurf der Kommission zur Vorberathung zu überweisen. Möge die Sonne der Freiheit überall scheinen, möge die Gleichberechtigung jedem Einzelnen zu Theil werden, dann wird Jeder in die Lage kommen, ein menschliches Dasein schaffen zu können. (Bravo! links.)

Abg. Bebel: Ich bin erst gestern in das Haus eingetreten und kann mich deshalb nur auf die heutige Debatte beziehen. Ich knüpfe an die Worte des Vorredners an und verweise auf den Musterstaat England. Wir haben gehört, daß in England nichts zu wünschen übrig bleibe. In diesem konstitutionellen Musterstaate finden wir gerade die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in diesem Augenblicke zu einer Höhe gestiegen, daß Niemand es mehr zu leugnen wagt. Die Kommission, welche das Parlament alljährlich niedersetzt, hat es konstatirt, daß die Armuth von Jahr zu Jahr zunimmt und daß das Massen-Elend steigt. — Den Abg. Wagener nennt der Redner den Königlich preußischen Hof-Sozialisten, der den Glauben erwecken will, daß Seitens der Regierung etwas für die Arbeiter geschehe. — Wir haben von Preußen nichts zu erwarten; in gewissen Kreisen hat man es begriffen, daß eine Spaltung unter den Arbeitern ungemein bequem für die Regierung sei. Einzelne mögen sich durch solche Vorspiegelungen verleiten lassen, die ungeheure Mehrheit der Arbeiter legt darauf kein Gewicht. Vor vier Jahren war ich ein eifriger Anhänger der sogenannten Selbsthülfe und wenn ich heute anderer Ansicht bin, so ist es darum, weil wir inzwischen die Unzulänglichkeit derselben erprobt haben. Nicht blos in Deutschland, sondern in allen anderen Staaten finden Sie dieselben Gegensätze und dieselben Tendenzen; die Arbeiter aller Kulturländer, ohne Rücksicht auf die Nationalität oder Sprache, sind der Ansicht, daß ihre soziale Frage nur gemeinsam gelöst werden kann und daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit vorhanden ist. Nicht die Reation, sondern die Revolution muß kommen, wenn sich die gegenwärtigen Verhältnisse so fort und fort entwickeln. Den Forderungen der Abgg. Schulze und Duncker trete ich bei. Bei der Wahl der Kommission für die Lohnbeschlagnahme hat man es abgelehnt, die im Hause befindlichen Vertreter der Arbeiter in die Kommission zu wählen. Jetzt sehe ich aus Zeitungsnachrichten, daß die Kommission beschlossen hat, Arbeiter und Arbeitgeber von auswärts heranzuziehen. Dieser Beschluß kommt mir höchst sonderbar vor. (Heiterkeit.) Ich meine, es wäre richtig gewesen, wenn man die im Hause sitzenden Arbeiter und deren Vertreter in die Kommission geschickt hätte. Da dies nicht geschieht, so ziehe ich bei dieser Frage die Berathung im Hause vor, da bei dieser Berathung die Minorität auch zum Worte kommen kann.

Die Diskussion wird geschlossen. Bei der Abstimmung beschließt der Reichstag, die Tit. I und II durch Berathung im Hause zu erledigen, die Tit. III (Gewerbetrieb im Umherziehen) und VIII (Gewerbliche Hülfskassen) an eine Kommission von 28 Mitgliedern zur Vorberathung zu verweisen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Kratz, den Bundeskanzler zu ersuchen, baldigst und noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, wodurch die Grundsätze der Entschädigung für diejenigen Beschränkungen des Privat-Grundeigenthums festgestellt werden, welche in den Festungs-Rayon-Bestimmungen ihren Grund haben.

Es erhebt sich über diesen Antrag eine Diskussion, in welcher die Abgg. Kratz, v. Benda, Fühling denselben empfehlen, Abg. v. Lück denselben bekämpft. Der Präsident Delbrück erklärt: Ich erkenne an, daß der Antrag einen Gegenstand betrifft, welcher unzweifelhaft in das Gebiet der Bundesgesetzgebung fällt, und daß der Gegenstand ein solcher ist, welcher einer gesetzlichen Regelung bedarf. Ich kann hinzufügen, daß Vorarbeiten bereits gemacht sind, ob es aber möglich sein wird, noch in dieser Session einen Gesetz-Entwurf einzubringen, dafür kann ich keine Garantie übernehmen.

Abg. Lesse beantragt, statt „jedenfalls“ zu setzen: „wenn möglich noch in dieser Session“.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kratz in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. — (Graf Bismarck erscheint.)

Damit schließt die Sitzung um $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag $11\frac{1}{2}$ Uhr.

Tages-Ordnung: Zweite Berathung des Machtgesetzes und Antrag des Abg. Grumbrecht wegen der Leuchtschiffe, Seetonnen &c.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Se. Majestät der König empfing gestern Vormittags die Generale v. Prondczynski und v. Schlotheim, arbeitete dann mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Militär-Kabinet und nahm hierauf den Vortrag des Unterstaatssekretärs v. Thile entgegen. Nach Aufhebung der Tafel begab sich der König mit den Prinzen, der Generalität &c. nach dem englischen Hause und hörte hier in der militärischen Gesellschaft den Vortrag des Kommandeurs der Garde-Artillerie-Brigade, Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen über über: „Die Verwendung der Feldartillerie in Verbindung mit den anderen Waffen nach Einführung gezogener Gewehre und Geschütze.“ Abends erschien der Hof in der Oper und um $9\frac{1}{2}$ Uhr waren der König, die Prinzen und andere hohe Herrschaften auf dem Anhaltischen Bahnhofe anwesend, begrüßten die Frau Großherzogin Luise von Baden bei der Ankunft mit der Tochter Prinzessin Victoria und dem Gefolge, Ehrenfräulein v. Schönau und Kammerherr v. Edelsheim, von Weimar kommend und geleiteten die hohe

Frau ins Königliche Palais. Gleichze'tag trafen der Erbprinz und die Erbprinzessin von Anhalt aus Dessau, in Begleitung der Hofdame Frl. v. Coseritz, des Hausmarschalls v. Berenhorst und des Flügeladjutanten Obersten v. Berenhorst hier ein und stiegen im Königlichen Schlosse ab. Der König begiebt sich heute Vormittags 10 Uhr mit den Prinzen, der Generalität, den Militär-Bevollmächtigten 2c. zur Truppenbesichtigung nach Potsdam.

— Die Kommission zur Beurtheilung der Dombau-Konkurrenzpläne ist in ihren Arbeiten jetzt so weit vorgerückt, daß sie die unbrauchbaren Arbeiten ausgeschieden und den Rest, etwa 30 Entwürfe, an besondere Referenten vertheilt hat. Das für die reine Gothik auf dem betreffenden Platz wegen der übrigen der Antike und der Renaissance angehörigen architektonischen Umgebung kein Raum ist, darin sind gegenwärtig alle Mitglieder der Kommission, unter denen sich einige hervorragende Vertreter der Gothik befinden, einig. Die auswärtigen Mitglieder der Kommission erhalten 10 Thlr. Diäten, die Berlin angehörigen Mitglieder dagegen keine.

— Ueber den plötzlichen Tod des Herrn v. Katte, Mitglied des Herrenhauses, wird dem „M. C." von anscheinend genau unterrichteter Seite folgendes Nähere mitgetheilt: Herr v. Katte wollte am 10. d. M. mit seiner Gattin spazieren gehen und Letztere war im Begriff, die nöthige Toilette vorzunehmen. Da ihm die Beendigung derselben etwas lange dauerte, so ging er vorweg auf die Straße (Leipzigerstraße) hinab und versprach seiner Gattin, sie dort zu erwarten. Frau von Katte ging erst noch schnell in die Küche, um dort nachzusehen, wollte dann den Mantel umhängen und den Hut aufsetzen, hakte dabei unglücklicher Weise mit ihrem Kleide an das Klavier und fiel zur Erde, wo sie, laut aufschreiend, liegen blieb. Die Dienerschaft eilte ihr sogleich zu Hülfe, auch war Herr v. Katte in wenigen Minuten bei seiner Gattin. Er hob sie mit seinen kräftigen Armen auf und legte sie auf ein Sopha. Frau v. Katte hatte sich ein Bein gebrochen. Bevor der sofort herbeigerufene Arzt erschien, blieb Herr von Katte neben seiner unglücklichen Gattin auf dem Sopha sitzen. Ein heftiger Brustkrampf, der ihn hierbei befiel, ging bald vorüber. Doch plötzlich fiel er mit dem Gesicht zur Erde; ein Schlagfluß hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Alle angestellten Versuche, ihn wieder ins Leben zurückzurufen, blieben erfolglos. (In seinem Garten zu Vieritz — Kreis Jerichow II. — hat er sich in früherer Zeit seine Grabstätte bauen und dieselbe mit einem einfachen eisernen Gitter umgeben lassen. Dort hat er seine letzte Ruhestätte gefunden.)

Kiel, 17. März. Heute ist hier der Prospekt einer neuen politischen Zeitung ausgegeben, welche vom 1. April an täglich in großem Format erscheinen wird. Das Blatt wird den Namen „Kieler Korrespondenzblatt" führen. Die Tendenz des Blattes geht dahin, daß es, wie das Programm sagt, „die deutsche Fahne, deren sichere Wahrung in Preußens Händen nicht bezeifelt werden kann, als Panier entfalten will, um welches sich Alle schaaren, die für ihr Heimathland nur in der innigsten Verbindung mit dem preußischen Staate und sonach auch mit Gesammtdeutschland Wohlergehen, Frieden und Glück erhoffen."

Bremen, 17. März. Gestern Nachmittag war die Kaufmannschaft im sogenannten Kaufmannskonvent versammelt, um den Rechenschaftsbericht der Handelskammer über ihre Thätigkeit im Jahre 1868 anzuhören. Zweierlei verdient daraus für weitere Kreise hervorgehoben zu werden. Erstens eine große Klage, daß die Eisenbahn nach dem Rhein und nach der Elbe (Paris-Hamburger Bahn) noch immer nicht über das Stadium der Verhandlungen hinaus und in das des Baues eingetreten sei; und zweitens die Anführung, daß die Handelskammer im Herbst sich mit den Grundzügen eines deutsch-amerikanischen Auswanderungs-Vertrages beschäftigt habe, wie er seit Beginn des Jahres Gegenstand diplomatischer Verhandlungen in Washington ist. Das Ergebniß der Beschäftigung der Handelskammer mit diesem Stoffe ist in einer sehr eingehenden Denkschrift niedergelegt. Wie man hier übrigens von Drüben hört, ist die Aussicht, sich mit den Amerikanern über einen zweckmäßigen Vertrag der Art zu einigen, ziemlich gering.

— Kapitän Koldewey, der Nordpolfahrer, ist gestern von hier abgereist, um in mitteldeutschen, deutsch-österreichischen, süddeutschen und rheinpreußischen Städten für seine Sache zu wirken. Das Schiff, auf dem er Anfang Juni ins Polarmeer hinausdampfen will, ist bereits zu Bremerhaven im Bau.

Ausland.

Brüssel, 18. März. Der „Indépendance Belge" zufolge hatte der französische Gesandte Vicomte de Laguerronnière gestern Besprechungen mit den Ministern Frère-Orban und Van der Stichelen, wobei eine Einigung darüber zu Stande kam, daß eine Kommission in Paris zusammentreten und daß die Verhandlung sich auf alle großen ökonomischen und internationalen Fragen, welche mit der Eisenbahn-Angelegenheit im Zusammenhang stehen, erstrecken solle. Belgien weigert sich jedoch, die Verträge der französischen Ostbahn mit den Gesellschaften der Luxemburger und Lüttich-Limburger Bahn einer Prüfung durch die Kommission zu unterwerfen.

Paris, 18. März. „Constitutionnel", „France" und „Patrie" melden, daß Belgien und Frankreich über die Grundlagen eines Arrangements einverstanden und daß nur noch die Details desselben zu ordnen seien. — Die Kommission werde auch die Mittel zur Verbesserung der ökonomischen Beziehungen beider Länder erörtern und deshalb eine Revision der Tarife nach dem Wunsch der belgischen Regierung vornehmen.

— Im gesetzgebenden Körper wurde heute der Gesetzentwurf, betreffend den Trokadero und den Luxemburggarten mit 164 gegen 49 Stimmen angenommen.

Florenz, 16. März. Von dem Zustandekommen einer französisch-italienisch-österreichischen Allianz weiß man hier nichts; entweder sie besteht nicht oder sie ist mit einer Heimlichkeit und Verstellungskunst ohne Beispiel betrieben worden. Was den Ritter Nigra angeht, so hat er in der „Opinione" alle darauf bezüglichen Gerüchte dementiren lassen, und der Umstand, daß die Wiener Erzherzoge am 14. bei Pepoli zu Gaste sind, sowie der andere, daß der General della Rocca den Kaiser Franz Joseph in Triest begrüßt, sind allein doch nicht Beweis genug für diese politische Kombination.

London, 18. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantragte Disraeli die Verwerfung der von Gladstone eingebrachten irischen Kirchenbill. Disraeli sagte, die Bill verfolge zwei Zwecke, nämlich die Trennung der Kirche vom Staate und die Einziehung des Kirchenvermögens; die Vereinigung der Kirche und des Staates aber sei die einzige Garantie der religiösen Freiheit.

Madrid, 18. März. Aus Xeres wird gemeldet: Die Barrikaden sind sämmtlich genommen, die Insurgenten zerstreut. Aus Cadix wird der Brigadier Bazos mit 1000 Mann erwartet.

Kopenhagen, 18. März. Das von Kiel kommende Postschiff „Freya" gerieth heute Morgen an der Küste von Langeland auf den Grund, kam jedoch später wieder los. Die Post und die Passagiere werden erst Nachmittags 5½ Uhr mit dem Güterzuge hier eintreffen.

Kopenhagen, 16. März. Das höchste Gericht hat heute ein Erkenntniß abgegeben in einem Prozesse, welcher seiner Zeit in der deutschen Tagespresse lebhaft diskutirt wurde, weil er auf der Insel Seeland vorgekommene Mißhandlung deutscher Arbeiter betraf. Wie erinnerlich sein wird, fanden sich am Bußtage, dem 27. April 1866, wie das Gerücht schon verkündet hatte, zahlreiche Menschen, welche aus der seeländischen Stadt Slagelse kamen, auf dem in der Nähe von Slagelse belegenen Besitzthum Antworskov ein und forderten, daß einige deutsche Arbeiter, welche von dem Agenten Schou für seine dortige Ziegelei engagirt worden waren, verabschiedet werden sollten. Die Ruhestörer wurden indessen, nachdem vier der Betheiligten von der Polizei verhaftet worden, unter dem Beistande einer Abtheilung des in Slagelse garnisonirenden Dragoner-Regiments zur Rückkehr nach Slagelse gezwungen. Im Laufe der Abendstunden versammelten sich darauf noch mehr Menschen zu Antworskov und wiederholten ihr Verlangen unter Schreien, Toben und Steinwürfen, durch welche letztere die Fensterscheiben in dem Schou'schen Gebäude zertrümmert wurden, während außer anderen Personen der Polizeimeister von Slagelse eine körperliche Verletzung davontrug. Der Polizeimeister, welcher es nicht verantworten zu können glaubte, die Dragoner gegen die aufgeregte Volksmenge von ihren Waffen Gebrauch machen zu lassen, hielt es für das Rathsamste, sich nachgiebig zu erweisen und dem Verlangen hinsichtlich der Entlassung der deutschen Arbeiter und der Freilassung der verhafteten Tumultuanten Folge zu geben. Der Prozeß wurde im Frühjahre des Jahres 1866 eingeleitet und hat somit fast 3 Jahre gedauert. Die in demselben abgegebenen Erkenntnisse des Untergerichts und des Obergerichts datiren vom 12. Februar 1867 und vom 10. März 1868. In den Prozeß waren ursprünglich 44 Personen verwickelt; es hatten hiervon jedoch nur 21 an das höchste Gericht appellirt, die zu verschiedenen Gefängnißstrafen verurtheilt waren. Außerdem waren verschiedene der Angeklagten solidarisch verpflichtet worden, an den Agenten Schou eine Entschädigung von 600 Thlr. zu entrichten und die Zertrümmerungen an dem Hauptgebäude und den Ziegeleien auf Antvorskov mit ferneren 300 Thlrn. zu ersetzen. Von den erstgenannten 600 Thlrn. waren dann Seitens des Agenten Schou den deutschen Ziegelei-Arbeitern als Vergütung für ihre Dienstentlassung 300 Thlr. behändigt worden. Das höchste Gericht hat nun die Strafe für einige der Betheiligten herabgesetzt, gegen die Mehrzahl jedoch bestätigt.

Stockholm, 14. März. Der Straßenkrawall in Hudiksvall hat leider größere Normen, als man nach den telegraphischen Meldungen zuerst glaubte. Nach den Berichten des Amtsvorstandes des Kreises Gefleborg, wozu Hudiksvall gehört, wurden während des Tumults ca. 1200 Fensterscheiben bei 81 Familien in 66 Häusern eingeworfen. Die Erbitterung gegen den Fiskal wuchs so, daß dieser nur mit knapper Noth sein Leben rettete; der Vorgänger desselben, ein sonst sehr beliebter Mann des Volkes, ist so zugerichtet, daß er schwerlich aufkommen wird. Einem Kaufmanne wurde Alles zerschlagen, mehrere Polizeidiener und andere Personen wurden verwundet und ein junger Mensch von 18 Jahren erschossen. Jetzt ist die Ordnung übrigens wieder hergestellt.

Christiania, 10. März. Aus Christianssund, Aalesund und anderen Küstenstädten laufen fortwährend Berichte über die von dem letzten Sturme, Ende Februar, angerichteten Schäden ein. Das aus Söndmöre angekommene Dampfschiff „Hakon Jarl" brachte die Nachricht, daß gegen 80 Fischer, welche ihre Netze zu retten suchten, ihren Tod in den Wellen gefunden hatten. Der Sturm war schon wenigstens einen Tag vorher aus London telegraphisch angekündigt, aber die Fischer haben bis jetzt noch zu wenig Zutrauen zu solchen Vorhersagungen.

Washington, 17. März. Der Präsident Grant hat Schenck's Finanzbill unterzeichnet und dieselbe hat nun Gesetzeskraft erlangt. — Im Senate ist eine Bill, betreffend die Wiedereinführung des Militär-Regiments in Georgien, eingebracht und der Justiz-Kommisson überwiesen worden. — Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution angenommen, in welcher es die Vorlegung von Abschriften der offiziellen Korrespondenz über die Beziehungen zu Cuba fordert.

Cuba. Amerikanischen Berichten zufolge war in Havanna Ruhe eingetreten und die Nachtpatrouillen in Wegfall gekommen. Ein großes zur spanischen Garnison in Puerto Principe gehörendes Fouragedetachement wurde von den Insurgenten angegriffen und beinahe vernichtet. In Gibara halten sich 4000 Flüchtlinge auf. Drei Dampfer voll mit cubanischen Flüchtlingen gingen kürzlich von Havanna nach den Vereinigten Staten ab. Spanische Blätter in Havanna melden, daß 300 Insurgenten sich bei Villa Clara ergeben hätten, daß Aringo mit 2000 Mann revolutionären Truppen zu General Balmaseda's Streitmacht übergegangen wäre, und General Lasca auf seinem Marsche in das Innere auf keinen Widerstand stoße. Vier spanische Kanonenboote kreuzten an der Küste, und ein Kriegsschiff überwachte die Bewegungen der Rebellen bei Nassau. Es heißt, daß mehrere gefangene Insurgenten und solche, welche die Amnestie angenommen hätten, von den Spaniern im Innern des Landes erschossen worden seien. Gerüchtsweise verlautet es, daß mehrere Filibustierbanden aus den Vereinigten Staaten bei Remedius gelandet wären. In Santiago war die Cholera im Abnehmen begriffen.

Pommern.

Stettin, 19. März. Laut Mittheilung der Oberpost-Direktion ist angeordnet, daß jetzt auch schwerere Probenpackete vom Auslande, welche bis 9¾ Uhr Vorm. hier eintreffen, bis 11 Uhr nach dem Postdienstlokale in der Wollweberstraße geschafft werden, um noch bis zum Beginn der Börsenzeit in Gegenwart des Empfängers steueramtlich abgefertigt resp. abgeliefert zu werden. Die bis 11¾ Uhr nicht abgeholten Probepackete werden demnächst in das Lokal des Haupt-Steuer-Amts geschafft und müssen von dem Adressaten dort abgeholt werden.

— Der Regierungs-Referendar v. Ziethen ist auf seinen Antrag aus dem Staatsdienst entlassen.

— Dem Herrn P. M. Bérenger ist Namens des norddeutschen Bundes das Exequatur als Kaiserlich französischer Konsul in Stettin ertheilt worden.

— In letzter Zeit ist die Zahl derjenigen Kandidaten der Theologie, welche sich zur Uebernahme von Civilerzieherstellen bei dem Kadettenkorps gemeldet haben, so gering gewesen, daß eingetretene Vakanzen nicht haben ersetzt werden können, und daß der Herr Kultusminister sich veranlaßt gesehen hat, mittelst Erlasses an die verschiedenen Konsistorien die Superintendenten aller Diöcesen zur Gewinnung von Kandidaten für jene Stelle auffordern zu lassen.

— Der Knecht Wilhelm Maibauer zu Marienwerder, im Kreise Pyritz, hat am 5. Dezbr. v. J. einen Knaben, welcher in ein Loch des mit schwachem Eise bedeckten Ziethen-See's gefallen war, mit Muth und Entschlossenheit von dem Tode des Ertrinkens gerettet, wofür demselben eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— Heute Vormittag hat die Absteckung der neu projektirten Eisenbahnlinie vom hiesigen Centralgüterbahnhofe nach Swinemünde am rechten Oderufer entlang begonnen und haben sich der Geh. Regierungs-Baurath Stein, Stadtbaurath Hobrecht und andere höhere Baubeamte mittelst Dampfer zur Besichtigung der geeignetsten Uebergangsstellen über die die Linie schneidenden Gewässer eingeschifft.

— Zwei zwölfjährige Jungen, Emil Kaiser und Heinrich Brandt von Bredower Antheil, von welchen letzterer ungeachtet seiner Jugend schon einmal wegen Diebstahls mit 3 Wochen Gefängniß bestraft ist, stahlen vorgestern Mittag aus einem auf dem Grundstück gr. Lastadie Nr. 26 befindlichen Taubenschlage drei werthvolle Tauben, steckten dieselben in einen Sack und wollten eben mit ihrer Beute entwischen, als sie angehalten und der Polizeibehörde zugeführt wurden, wo sie nicht umhin konnten, den Diebstahl einzuräumen, wonächst der Bestohlene seine Tauben zurück erhielt.

— Mit dem morgenden Tage werden die diesjährigen regelmäßigen Passagierfahrten zwischen hier und Gotzlow durch die zur Rhederei der Herren Bräunlich und Dahlitz gehörigen Dampfer eröffnet.

— Die vierzehnjährige Tochter des in der Frauenstraße Nr. 27 wohnhaften Arbeiters Höpfner, hat sich seit mehreren Tagen heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt. Dieselbe zeigte schon früher großen Hang zum Umhertreiben und ist anzunehmen, daß sie auch seit ihrer diesmaligen Entfernung sich wieder umhertreibt.

Vermischtes.

— (Eine boshafte Verleumdung.) Die aus der „Allgem. Wiener medizinischen Zeitung" übernommene Nachricht, wonach der Professor Billroth bei einer Bauchoperation, welche den Tod der Patientin zur Folge gehabt, einen Badeschwamm im Bauche der Patientin vergessen, und aus Nachlässigkeit mit eingenäht haben soll, ist nach einem anher gelangten Briefe des Professors Billroth vollständig erfunden. Man hätte diese Nachricht wohl von vornherein als einen Scherz angesehen, wenn sie nicht von einem wissenschaftlichen Fachjournal gebracht worden wäre. Desto schwerer wiegen die Motive, welche zu solcher Verleumdung geführt haben. Professor Billroth ist Preuße, war als Nachfolger Jüngkens designirt und vom Grafen Beust nach Wien berufen, wo der Protestant als bedeutende wissenschaftliche Kapizität sich eines großen Rufes erfreut, der noch in jüngster Zeit vielfache Anerkennung im Auslande gefunden. Sollten hierin die Motive zu suchen sein? Jedenfalls erscheint es als eine Pflicht der deutschen Presse, welche den oben erwähnten Artikel aufgenommen, auch diese Mittheilung zu verbreiten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 17. März. Angekommene Schiffe: Willemos, Rasmussen von Hasle. Ludwig, Mommsen von Kiel. Wilhelm, Kreuzfeldt von Kiel. Vigilant (SD), Petersen von Flensburg. Ceres (SD), Braun von Kopenhagen. Stolp (SD), Ziemke von Kopenhagen. Orpheus (SD), Passon von Königsberg.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. März. Witterung: regnig. Wind SW. Temperatur + 5° R.

An der Börse.

Weizen etwas fester, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. 64—66½ Rt., feinster pomm. 67½ Rt., bunter 62 Rt., weißer 66—68 Rt., ungar. geringer 54—57 Rt., besserer 58—60 Rt., feiner bis 61½ Rt., 83—85pfd. gelber Frühj. 65½, ¾, 66 Rt. bez, 65¾ Gd. u. Br., 85pfd. effektiv 66⅓ Rt., Mai-Juni 66 Gd., Juni-Juli 67 Rt. Gd.

Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 49—50½ Rt., Frühjahr 49¾, ⅜, ½ Rt. bez., 82—83pfd. pr. Frühj. 50 Rt. bez., Mai-Juni 49¾ Rt. bez, Juni-Juli 50¼ Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste fast ohne Geschäft, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 35—44 Rt., 69—70pfd. schles. Frühj. 44½ Rt. Gd.

Hafer stille, pr. 1300 Pfd. loco 31—33½ Rt., 47—50pfd. Frühj. 32½ Rt. bez. u. Gd.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 53—54½ Rt., Koch- 56—57 Rt., Frühjahr Futter- 54½ Rt. Br.

Mais 10,000 Centner per Frühjahr per 100 Pfund 1 Rt. 28½ Sgr. bez.

Rüböl matt, loco 10⅓ Rt. Br., per März 10¼ Rt. Br., April-Mai 10⅛ Rt. Br. u. Gd., 10¼ Br., September-Oktober 10⅓ Rt. Br., 10¼ Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $15\frac{5}{24}$, ⅙, ½ Rt. bez., mit Faß $15\frac{5}{24}$ Rt. bez., per Frühjahr $15\frac{7}{24}$, ¼ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 15½ Rt. Gd., Juni-Juli 15¾ Rt. Gd., Juli-August 16 Rt. Gd.

Angemeldet; 200 Wspl. Roggen, 10,000 Quart Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 65¾, Roggen 49½, Rüböl 10¼, Spiritus 15¼.

Stettin, den 19. März.

Hamburg	6 Tag.	151⅗ bz
"	2 Mt.	150⅝ B
Amsterdam	8 Tag.	142 G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 25⅛ bz
"	3 Mt.	6 23⅝ B
Paris	10 Tg.	81⅔ B
"	2 Mt.	—
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	81⅝ B
Preuss. Bank	4	Lomb. 5 %
Sts.-Anl.5457	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St.E.A.	4	—
" Prior.	4	—
"	4½	—
Starg.-P.E.A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92 B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag.Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assecuranz	4	100 G
Pomerania	4	120 G
Union	4	110 G
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom.Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	200 G
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	95 G
Germania		102½ B
Vulkan		100 bz
St. Dampfmühle	4	106 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—

Stettin, den 18. März 1869.

In die unterm 16. d. M. in der Stettiner Zeitung publizirte Polizei-Verordnung vom 12. d. M., betreffend das polizeiliche Meldewesen 2c., haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. Die Verordnung wird daher durch den nachstehenden abermaligen Abdruck erneuert publizirt. Die frühere Publikation ist als nicht geschehen zu betrachten. Bei dieser Gelegenheit sind gleichzeitig einige der der Verordnung beigefügten Formulare etwas modifizirt worden.

Königliche Polizei-Direktion.
von Warnstedt.

Die vorstehende Bekanntmachung der Königlichen Polizei-Direktion sollte in dem heutigen Morgenblatte dem Abdrucke der Meldeverordnung vorgedruckt werden. Da dies durch ein Versehen nicht geschehen ist, so kommt sie nachträglich hier zum Abdruck.

Die Redaktion.